



öffentlich

Betreff:

Wiederaufstellung Lenin-Statue

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE

Erstellungsdatum 18.04.2017

Eingang 922: _____

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
03.05.2017	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass die denkmalgeschützte Leninstatue, die früher in der Hegelallee 25 aufgestellt war, unverzüglich wieder dort oder an einem anderen öffentlichen Ort zugänglich gemacht wird.

Der Hauptausschuss ist im Juli 2017 über den erreichten Sachstand zu unterrichten.

Julia Laabs und Christian Kube
- Fraktionsvorsitzende -

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

In der Denkmalliste des Landes Brandenburg findet sich folgender Eintrag:

**Potsdam, Hegelallee 25
Gedenkstätte zu Ehren des 100. Geburtstages von Wladimir Iljitsch Lenin
09155798.**

Vor mehreren Jahren ist die denkmalgeschützte Lenin-Statue allerdings entfernt und seitdem nicht wieder aufgestellt worden.

Unterstützt wurde dieser fragwürdige Umgang mit einem geschützten Kulturgut durch einen Beschluss der SVV, in dem der Oberbürgermeister 2006 aufgefordert wurde, den Eigentümer zu einem Verzicht auf die Wiederaufstellung der Lenin-Statue zu bewegen und deren Streichung aus der Denkmalliste zu beantragen.

Nach Berichten der Lokalpresse hat die Obere Denkmalschutzbehörde einen Antrag auf Streichung aus der Denkmalliste aber bereits 2013 abgelehnt. Dennoch ist die somit weiter denkmalgeschützte Statue bisher nicht wieder für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden.

Offenbar hat sich parallel zum Aufbau von Fassadenkopien einer vordemokratischen Architekturepoche in Potsdam ein Klima der Bilderstürmerei und Respektlosigkeit gegenüber Kulturgütern aus der DDR-Zeit entwickelt. Kunstwerken und Kulturgütern mit politisch unliebsamen Inhalten werden immer weniger nach ihrem künstlerischen Wert oder ihrer Bedeutung als Zeugnis der Zeitgeschichte beurteilt. Statt dessen wird die Existenzberechtigung von Kulturgütern in das Belieben politischer Abstimmungen in der SVV gestellt oder den Launen und dem Geschmack Verwaltungsbediensteter überlassen.

Beispiele für diese Politik sind die Pläne zum Abriss des Gedenksteins für Spanienkämpfer am Treffpunkt Freizeit, die von der Stadt nicht geahndete Einhausung der Gedenktafel an die Ermordung Herbert Ritters am Weberplatz oder die exzessive Bereinigung von antifaschistischen Straßennamen in der Waldstadt nach der Wende.

Mit unserem Antrag fordern wir eine andere Kultur im Umgang mit Zeitzeugnissen und Denkmälern ein.